



Grünes Bündnis
 Stadt Bern
 Postfach 6411
 Neubrückestrasse 17
 3001 Bern
 Tel. 031 301 82 09
 Fax 031 302 88 78
 info@gbbern.ch
 www.gbbern.ch
 PC 30-37923-6

gb.links

- Integrieren per Vereinbarung?
- Christine Michels kritischer Blick auf Machtverhältnisse
- Vom langsamen Aushungern der Milchkuh



Die Stadt Bern – besser als ihr (Medien)ruf

Dichtung und Wahrheit

verkehr belasten die StadtbewohnerInnen. Und immer mehr wird Bern – so wie andere Städte auch – zum Brennpunkt von sozialen Problemen, die aus anderen Gemeinden (z. B. Thun) oder vom Bund (z. B. Asylgesetzrevision) in die urbanen Zentren abgeschoben werden.

Nun werfen einige Medien den rotgrünen Städten und insbesondere Bern vor, sie hätten das Sicherheitsproblem verschlafen. Noch nie habe ich die Medien so einseitig, parteiisch und ideologisch erlebt. Wenn der Grüne Stadtpräsident von Lausanne beispielsweise höhere Abfallgebühren für Take-Away-Betreiber fordert, ist das gut. Wenn die Stadt Bern solche Gebühren einführt, läuft das Gewerbe Sturm. Wenn es in der UNO-Stadt Genf wochenlang zu Krawallen kommt, ist das kaum eine Zeile wert. Wenn in Bern eine Kundgebung eskaliert, wird daraus eine nationale Katastrophe. Von den Medien wurde herausgepickt, was zur These passt. Und die These sagt: RotGrünMitte hat in

Bern nach 16 Jahren ausgedient. Die Frage, was auf RotGrünMitte folgen soll, bleibt aber unbeantwortet.

Sicher hätte es am 6. Oktober nie zur Konfrontation zwischen SVP und Schwarzem Block kommen dürfen und leider wurden auf allen Seiten Fehler gemacht. Aus Fehlern soll man lernen, selbstkritisch und offen. Dazu gehört mehr als die Analyse des polizeilichen Handelns. Auch die sicherheitspolitischen Ziele der Parteien müssen hinterfragt werden. RotGrünMitte hat sehr viel zur strafrechtlichen Verfolgung von häuslicher Gewalt beigetragen. Zu neuen Formen von Gewalt im öffentlichen Raum aber fehlen die Konzepte. Aus meiner Sicht haben die aktuellen Probleme viel mit der Propagierung von Gewalt im Internet und mit Alkoholkonsum zu tun. Letzteres bestätigt auch die Polizei. Noch nie war Alkohol in Bern so billig und dank den liberalisierten Ladenöffnungszeiten rund um die Uhr erhältlich. Und noch nie haben in Bern so

viele Clubs und Discos um trinkfreudige KundInnen gebuhlt. Vor allem rund um den Bahnhof Bern floriert das Geschäft mit dem Alkohol – und damit die Gewalt und die Verschmutzung des öffentlichen Raumes. Bürgerliche Kreise fordern mehr Steuergelder für ihre Law-and-Order-Politik. Doch bei den Ladenöffnungszeiten, den Gewaltvideos und dem Alkoholverkauf soll der Staat möglichst viel Freiheit gewähren. Für mich ist das ein Widerspruch, den offene Medienschaffende durchleuchten könnten – wenn sie wollten.

Bern ist heruntergeredet, nicht heruntergekommen, titelte der Tagesanzeiger treffend. Es ist Zeit, dass RotGrünMitte den medialen Ideologien Fakten entgegensetzt: Viel wurde erreicht und vieles lässt sich noch verbessern – genau dies wollen wir in den nächsten Jahren tun: sozial, ökologisch, energisch, sachlich, konsequent ... und mit Humor.

Natalie Imboden, GB-Präsidentin

95 Prozent der Bevölkerung leben gemäss EinwohnerInnenbefragung 2007 gerne oder sehr gerne in der Stadt Bern. Was besonders geschätzt wird: Die Lebensqualität, die Stimmung, die Grünräume und der öffentliche Verkehr.

160 Jahre lang, von 1832 bis 1992, war die Stadt Bern fest in bürgerlicher Hand. 1992 hat ein Bündnis aus SP, GFL, GB, EVP und JA! mit PartnerInnen aus allen gesellschaftlichen Kreisen die Verantwortung für die Stadt übernommen. Viel konnte erreicht werden, von Tagesschulen und Verkehrsberuhigungen in allen Quartieren bis zur Sanierung der Stadtfinanzen unter Therese Frösch (GB). Die Erfolgsgeschichte von RotGrünMitte wurde in den letzten Jahren gemeinsam mit Kanton und privaten InvestorInnen fortgesetzt. Jährlich wird mehr in Kultur, Kindertagesstätten und Spitex investiert. Der öffentliche Verkehr, aber auch die Hochschulen werden ausgebaut und neben dem neuen Bahnhofplatz wird vor allem Brünnen das Gesicht der Stadt verändern. Trotz der grossen Dynamik sind längst nicht alle Probleme gelöst. Der finanzielle Druck nimmt wieder zu; Umweltschadstoffe und Durchgangs-

AZB 3000 Bern 1
 Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
 An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

- 12.12., 19 Uhr, Kleine Bühne im Progr. **Weihnachtsapéro** mit Beiträgen von den Sprachvirtuosinnen Marina Bolzli und Nicolette Kretz.
- 14.12., 12.30–13 Uhr, vor der Französischen Kirche Bern. **Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina.**
- 15.11. bis 22.12., Kino in der Reitschule. **Erinnerung und Empörung.** Filme zu Palästina/Israel. Mehr dazu auf: www.reitschule.ch/reitschule/kino/

Das Grüne Bündnis dankt allen, welche sich dieses Jahr für soziale und ökologische Politik eingesetzt haben, und wünscht frohe Festtage und einen guten Start ins neue Jahr!

gb.tipp



«Saubere Renditen» Auf der Suche nach dem guten Geld

Ein neuer Ratgeber führt durch den Dschungel der nachhaltigen Geldanlagen in der Schweiz.

Im Konsumbereich helfen Labels wie Bio-Knospe oder Max-Havelaar-Gütesiegel bei der Orientierung. Bei Finanzanlagen hingegen gibt es bis anhin nichts Vergleichbares. Wohl werden viele Anlageprodukte als «nachhaltig», «ethisch» oder «ökologisch» angepriesen. Nach welchen Kriterien das Kapital wo angelegt wird, variiert jedoch stark.

Woher kommt die Rendite einer Finanzanlage? Wie kann ich mit Erspartem Gutes bewirken? Und was macht die Bank eigentlich mit diesem Geld?

Ohne Antworten auf diese und ähnliche Fragen klappt eine grosse Lücke zwischen Anspruch und Realität beim verantwortlichen Umgang mit Geld. Der Ratgeber der Erklärung von Bern und des Konsumentenschutzes gibt einen Überblick über die verschiedenen Angebote von nachhaltigen Geldanlagen in der Schweiz, vermittelt das nötige Hintergrundwissen und zeigt Widersprüche und Grenzen von diesen Angeboten auf.

Talon

Name: _____
 Vorname: _____
 Adresse: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____
 e-mail: _____

Ich bestelle ___ Expl. Unterschriftenbogen für die Initiative «Für den Schutz vor Waffengewalt».

Ich werde Mitglied beim Grünen Bündnis. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.

Ich möchte mich aktiv engagieren beim Grünen Bündnis. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

Impressum
 Redaktionsschluss gb.links 1/2008: 17. Januar.
 Redaktion: Reto Moosmann, Karin Jenni, Natalie Imboden.
 Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

gb.bewegt

Frauenpolitik
 Montag, 11. Februar, 19 Uhr,
 GB-Sekretariat

Ökologie
 Dienstag, 11. Dezember, 19 Uhr,
 GB-Sekretariat

Internationales und Migration
 Kontakt: Martin Wälchli,
 internationales-migration@gbbern.ch

Bildung (kantonale AG)
 Kontakt: Corinne Schärer,
 corinne.schaerer@vpodbern.ch

Nationale Politik
 Kontakt: Hasim Sancar,
 sancars@bluewin.ch

Leitender Ausschuss
 Mittwoch, 9. Januar, 20 Uhr,
 GB-Sekretariat

Vom langsamen Aushungern der Milchkuh



Die Aufhebung des FILAG bei der institutionellen Sozialhilfe würde auch den Gaskessel in Bern bedrohen. Doch nicht nur StadtbernerInnen nutzen das Angebot, sondern Jugendliche aus dem ganzen Kanton.

Die Grossräte Daniel Pauli (SVP) und Ruedi Sutter (FDP) fordern die Aufhebung des Lastenausgleichs bei der institutionellen und der individuellen Sozialhilfe. Dies hätte für die Städte verheerende finanzielle Auswirkungen. Die wirtschaftlichen Zentren des Kantons würden ausgehungert.

Der kantonale Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) ist eine komplexe finanztechnische Angelegenheit, die sich kaum für breite politische Diskussionen eignet. Die volkswirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung des finanziellen Ausgleichs der unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Gemeinden ist jedoch enorm. Die städtischen Agglomerationen sind die wirtschaftlichen Motoren des Kantons, die einen überproportionalen Anteil der Leistungen erbringen. Sie stellen den Grossteil der kulturellen Angebote bereit, sind Zentren für Bildung, Forschung und Entwicklung

und tragen nebst der Verkehrsbelastung auch einen überproportionalen Anteil an sozialen Lasten (Spitalzentren, Integrationsangebote, Sozialhilfe). Der Finanz- und Lastenausgleich stellt sicher, dass Randgebiete durch Ausgleichszahlungen der wirtschaftlich starken Gemeinden mitgetragen werden und auch privilegierte Steueroasen ihren Beitrag an das Gemeinwohl leisten müssen. Der Lastenausgleich Sozialhilfe verteilt die sozialen Lasten gleichmässig auf die Kantonsbevölkerung, was gemeinsame regionale Angebote erleichtert und der Abschiebung von Risikogruppen den finanziellen Anreiz nimmt. Dies ist den gutsituierten Gemeinden ein Dorn im Auge. Den rotgrün regierten Städten sollen die sozialen Risiken aufgebürdet und gleichzeitig die finanziellen Mittel entzogen werden – sie sollen so zur sozialen Demontage gezwungen werden.

Städte verlieren, Steueroasen gewinnen
Die institutionelle Sozialhilfe umfasst u. a. folgende Angebote: Stationäre Langzeitpflege, Spitex, Beschäftigungsangebote, Suchtprävention und -therapie, Gesundheitsförderung, Kindertagesstätten, offene Jugendarbeit, Frauenhäuser, Opferhilfe, Obdachlosenprojekte. Der Gesamtaufwand beträgt rund 265 Mio. Franken im Jahr. Die Aufhebung des Lastenausgleichs würde die Stadt Bern mit +50 Mio., Biel mit +13 Mio. und Thun mit +6 Mio. belasten.

Die individuelle Sozialhilfe kostet über 300 Mio. Franken jährlich und umfasst u. a. den Aufwand für wirtschaftliche Hilfe an Bedürftige, den Besoldungsaufwand

der Sozialdienste, die Kosten für vormundschaftliche Massnahmen, Alimentenbevorschussungen und für Zuschüsse nach Dekret. Insbesondere der Aufwand für wirtschaftliche Hilfe ist als Folge der langandauernden Wirtschaftskrise seit 1990 stark gestiegen. Die Aufhebung des Lastenausgleichs würde Biel mit +38 Mio., Bern mit +36 Mio. und Thun mit +11 Mio. belasten. Im Verhältnis zur Steuerkraft wäre aber Nidau (+8 Mio.) am stärksten betroffen. Armenjagden über die Gemeindegrenzen wären da kaum noch zu verhindern. Insgesamt würden die Städte und grösseren Gemeinden stark verlieren. Ländliche Gemeinden und Steueroasen würden entlastet. Gstaad könnte der Familie Bertarelli weitere Steuergeschenke in Millionenhöhe zusichern...

Als Postulat überwiesen

Der Grosse Rat hat die Motionen in der Novembersession als Postulat überwiesen. Der Regierungsrat lehnt die Abschaffung des Lastenausgleichs ab, will aber im Rahmen der FILAG Revision 2012 verstärkt Anreize zum Kosten sparen (sprich Selbsthalte für die Gemeinden) prüfen. Auch dies ginge letztendlich zu Lasten der Städte. Darauf hin weisen schon heute die Verweigerung des Ausgleichs der ausgewiesenen Zentrumslasten und die Kürzungen bei den Kulturbeiträgen. Deshalb ist grosses und gut vernetztes Engagement gefordert, soll das langsame Aushungern der Städte verhindert werden.

Cristina Anliker Mansour,
GB-Stadträtin



Beweis von Besonnenheit
Der Regierungsrat beweist in seiner ablehnenden Antwort auf die Motion «Fördern und Fordern!

Verbindliche Integrationsrichtlinien auch im Kanton Bern» die nötige Besonnenheit. Es bleibt zu hoffen, dass sie zur Versachlichung der überhitzten integrationspolitischen Diskussion beiträgt. In der Tat sind wesentliche Anliegen der Motion im neuen Gesetz über die AusländerInnen und in der Integrationsverordnung enthalten. Auf kantonaler Ebene sind dafür keine neuen gesetzlichen Grundlagen notwendig. Gefragt sind nun vielmehr wirksame Veränderungen und Massnahmen. Die GB-Arbeitsgruppe Migration und Internationales hat dazu in ihrem Arbeitspapier zur Integrationspolitik konkrete Anregungen ausgearbeitet.

Mit seiner Antwort bekennt sich der Regierungsrat auch klar zu Chancengleichheit, dem Abbau von soziostrukturellen Integrationshemmnissen und einer offenen Information. Er benennt die entscheidenden Grundsatzfragen, die das Instrument der Integrationsvereinbarung aus grundrechtlicher Sicht, aber auch aus der Perspektive der konkreten Umsetzung aufwirft. Dazu gehören namentlich die Frage der zuständigen Behörde, der Beurteilungskriterien und der Sanktionen. Zu Recht stellt der Regierungsrat auch die integrative Wirkung des Instruments in Frage.

Für den Umgang mit Verhalten, das als Abweichung oder Verweigerung beurteilt wird, sehen das Sozialhilfe- und das Strafrecht bereits ausreichende Instrumente vor. Zusätzliche ausländerrechtliche Regelungen braucht es nicht.

Sabine Schoch, AG Migration/Internationales

gb.stadtrat



Franziska Schnyder tritt aus beruflichen Gründen auf Ende Jahr aus dem Stadtrat zurück. Sie ist seit März 2005 im Stadtberner Parlament und hat im laufenden Jahr die Kommission Finanzen, Sicherheit und Umwelt (FSU) mit Erfolg präsidiert und sich in ihrer Stadtrats-Zeit mit Engagement für Grundrechtsfragen und eine kritische Polizeipolitik eingesetzt. Sie setzte Akzente für eine nachhaltige Energiepolitik, engagierte sich für Verkehrsberuhigung und Lärmschutz im Nordquartier, vertrat das GB am Runden Tisch zur städtischen Finanzpolitik und machte Vorschläge für gerechtere Finanzierungsmodelle. Das GB dankt Franziska Schnyder herzlich für ihre kompetente und engagierte Arbeit und wünscht ihr beruflich und privat alles Gute!



Ab Januar 2008 wird neu die Sozialarbeiterin und Sozialpädagogin **Emine Sariaslan** das Grüne Bündnis im Stadtrat vertreten. Sie hat ihre Ausbildung an der Fachhochschule für Soziale Arbeit in Olten gemacht und arbeitet in der Suchthilfe Region Olten. Emine Sariaslan ist in der Türkei geboren und lebt seit 1988 in der Schweiz. Sie ist in mehreren Migrationsvereinigungen aktiv und arbeitet ehrenamtlich bei der türkischen Zeitung «arkadas». Wir freuen uns, dass die Migrantinnen und Migranten mit Emine Sariaslan eine weitere Vertretung in der Stadtpolitik erhalten und wünschen ihr einen guten Start!

gb.vertretungen

Das GB hat eine neue Vertretung in der Kommission der Heilpädagogischen Schule. Wir freuen uns, dass **Liselotte Stricker Meuli** sich in Zukunft in dieser Kommission engagieren wird. In den neu geordneten Schulkommissionen der Stadt Bern hat das GB 7 Vertretungen. Neben Liselotte Stricker Meuli sind dies: **Vincent Lavanchy** (Gymnasium Kirchenfeld), **Ruth Bieri** (Schosshalde), **Paola Kobelt Messina** (Bethlehem), **Christine Rupp Senften** (Bümpliz) sowie **Stephanie Pürro** und **Angela Zihler** (beide «Kleinklassen und Spezialunterricht»). Wir danken allen SchulkommissionsvertreterInnen herzlich für ihr Engagement!

Grüne Köpfe: Christine Michel, GB-Stadträtin

Kritischer Blick auf Machtverhältnisse

Politische Philosophin und feministische Gewerkschafterin. Seit Anfang Jahr macht Christine Michel Stadtpolitik. Die 43-Jährige stammt aus Thörishaus und denkt nicht nur beim Wandern über die Stadtgrenzen hinaus. Ihre Schwerpunkte sind Gleichstellungs-, Kultur- und Bildungspolitik.

Was war dein Aufsteller in den ersten Monaten als GB-Stadträtin in der städtischen Politik?

Die Stadt Bern hat auf Grund eines Vorstosses des GB eine Analyse der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in der Stadtverwaltung erstellt. Ich war erfreut zu sehen, dass der politische Wille vorhanden ist, Gleichstellungsprobleme anzupacken.

Was interessiert eine Philosophin an der Berner Stadtpolitik? Was hat dich politisiert?

Eine Philosophin interessiert, wie die Menschen die Welt erklären, eine Politologin, wie sie ihre Lebensverhältnisse gestalten. Das Studium der Geschlechterverhältnisse schärft den Blick auf die Machtverhältnisse. Politisiert hat mich die Drittwelt-Bewegung der 1980er Jahre. Die Empörung über die ungleiche Verteilung von Macht, Ressourcen und Selbstbestimmung zwischen dem «reichen» Norden und dem «armen» Süden prägt mein politisches Engagement.

Du arbeitest als Gleichstellungsfachfrau der Gewerkschaft Unia. Wo drückt erwerbstätigen Frauen heute der Schuh?

Frauen verdienen im Schnitt immer noch rund 20% weniger als Männer. Sie sind von



den negativen Folgen der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse stark betroffen. Da die Problematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiterhin vor allem auf Frauen lastet, sind sie mehrheitlich Teilzeit tätig – mit gewichtigen Einbussen für ihre soziale Sicherheit und Altersvorsorge.

Warum gibt es auch in Bern zu wenig Kinderbetreuungs-Plätze? Würde das Gutscheinsystem das Problem lösen?

Obwohl jedes Jahr neue Plätze geschaffen werden, setzt die finanzielle Lage der Stadt Bern einem bedarfsgerechten Ausbau Grenzen. Betreuungsgutscheine wollen den Wettbewerb unter den Anbietern ankurbeln. Dies birgt die Gefahr, dass die Qualität der Betreuung sinkt, das sozialverträgliche Tarifsystem ausgehöhlt wird und eine soziale Entmischung stattfindet, weil die Wahl der Kita stärker vom Portemonnaie abhängt. Wir lehnen deshalb diesen Vorschlag ab.

Ist es sinnvoll, dass Arbeitgeber Tagesbetreuung mitfinanzieren?

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist keine Privatsache, sondern geht alle etwas an. Arbeitgeber ergreifen heute auch aus Eigeninteresse vermehrt Massnahmen, um die Integration der Frauen ins Erwerbsleben zu fördern. Von einem Ausbau der Kinderbetreuung profitieren auch sie. Deshalb sollen sie sich auch daran beteiligen.

Bald regiert in Bern König Fussball. Was tun Feministinnen während der Euro?

Zum guten Gelingen der Euro werden auch viele Frauen im Verkauf oder Gastgewerbe beitragen und dafür längere Öffnungszeiten und befristete Anstellungen in Kauf nehmen. Am 14. Juni, am Frauenstreiktag, wollen wir auf ihre Situation aufmerksam machen.

Interview: Natalie Imboden